

Platz abbeck

Nr. 7, November 2004

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

1944 – 2004: Gegen das Vergessen Edelweißpiraten in Ehrenfeld

Am 10. November 1944 wurden am Bahndamm in der ehemaligen Hüttenstraße in Köln-Ehrenfeld 13 Menschen ohne Gerichtsurteil öffentlich gehängt. Unter ihnen waren sechs „Edelweißpiraten“. So nannte sich eine Gruppe von Jugendlichen, die vor allem eins gemeinsam hatten: Sie waren gegen die Nazis, den Drill der „Hitlerjugend“ und den Krieg. Aus dieser Protesthaltung schöpften sie den Mut, entflohenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern zu helfen, ihnen Lebensmittel zu beschaffen und einige auch zu verstecken.

Lange Zeit wurde die Ermordung in der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Erst 1972 wurde eine Gedenktafel an der Hinrichtungsstätte angebracht, die später durch eine Neufassung ersetzt wurde. Nach dem Abschluss der Bauarbeiten an der Bundesbahnstrecke wurde diese Tafel im vergangenen Jahr wieder feierlich angebracht.

Zum Gedenken an die Ermordeten findet am Mittwoch, 10. November, um 17.30 Uhr ein Lichterzug statt. Treffpunkt ist der Bunker Körnerstraße neben der ehemaligen Synagoge. Um 18.30 Uhr folgt dann eine Gedenkveranstaltung vor der Mahntafel Bartholomäus-Schinkstraße / Ecke Schönsteinstraße.

Schirmherr ist Regierungspräsident Jürgen Roters, der Bezirksvorsteher des Stadtbezirks Ehrenfeld, Josef Wirges, und der Liedermacher Rolly Brings laden ein.

An der Veranstaltung nehmen die noch überlebenden Edelweißpiraten Gertrud Koch, Jean Jülich und Fritz Theilen teil. Musikalische Beiträge kommen von der Hip-Hop-Gruppe der Kölner Polizei und Rolly Brings mit Benjamin Brings und Wolfgang Klinger.

Helga Humbach

www.pds-koeln.de

PDS Offene Liste fordert:

Kein Verdrängungswettbewerb durch Hartz IV in Köln

Die Bedingungen der Einrichtung von gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten, den sog. ‚1-Euro-Jobs‘, die Rechte der ALG II-Bezieher, sich gegen Entscheidungen der Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Arbeitsagentur zur Wehr zu setzen und die Vermeidung von Zwangsumzügen durch rigide Anwendung der Mietobergrenze sind die Themen einer Anfrage an die Verwaltung, mit der die PDS Offene Liste zur Ratssitzung vom 4.11. die Diskussion um Hartz IV in der Kommune weiter bringen will.

Wichtige Bezugspunkte für die Diskussion sind die auf Seite 4 dokumentierten Stellungnahmen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW zum Thema Arbeitsgelegenheiten und das Positionspapier des Kölner DGB.

Anknüpfend daran und an die Ergebnisse der Anfrage wird die PDS-Offene Liste im Rat einen Antrag erarbeiten, um zu verhindern, dass gemeinnützige Pflichtarbeit den Betroffenen aufgezungen wird und reguläre Arbeit verdrängt, Menschen aus ihren Wohnungen gedrängt werden. Diskussionsbeiträge dafür sind herzlich willkommen.

Widerspruchsverfahren, Beschwerdemanagement

Wenn ALG II-EmpfängerInnen sich gegen Entscheidungen z.B. über Sperrzeiten oder ‚mietenkende Maßnahmen‘ wehren wollen, so bleibt ihnen nach dem derzeitigen Stand der Planungen von Stadt und Arbeitsagentur ausschließlich der Rechtsweg: Sie können schriftlich oder zur Niederschrift ihren Widerspruch gegen entsprechende Bescheide bei der Widerspruchsstelle einlegen und schließlich vor dem Sozialgericht gegen deren Entscheidungen klagen. Gegenstand dieses Ver-



fahrens ist lediglich die Frage, ob die Hartz – Gesetze in ihrem Fall formal korrekt angewandt wurden. Ob die Kläger richtig verstanden oder von ihrem Fallmanager fair behandelt wurden, ist in diesem Verfahren allenfalls ein Nebenthema.

Angesichts der auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung blank liegenden Nerven – und der Erfahrung, dass viele Probleme bei den Sozialämtern auch andere als rechtliche Fragen berühren, z.B. einen diskriminierungsfreien Umgang – ist eine Ansprechstelle, die derartige Probleme und Beschwerden zu lösen versucht, bevor der Rechtsweg beschritten wird, hilfreich für Betroffene wie auch die Mitarbeiter der Arbeitsagentur. Ein solches ‚Beschwerdemanagement‘, das sich in den Bezirkssozialämtern bewährt hat, ist bei der Arbeitsgemeinschaft jedoch – noch – nicht vorgesehen. Neben der Unterstützung von Verfassungsklagen gegen Hartz IV und der Forderung nach Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen in den Stadtbezirken setzt sich die PDS Offene Liste auch dafür ein, dass in Form etwa einer Ombudsstelle für die Betroffenen auch diese Möglichkeit eröffnet wird, ihre wenigen sozialen Rechte durchzusetzen.

Wolfgang Lindweiler► Seite 4



Nachdem sich der Rat der Stadt Köln in einer Resolution gegen den Nazi-Aufmarsch am 16. Oktober ausgesprochen hatte, beteiligte sich Ratsmitglied Jörg Detjen (*im Bild rechts*) an einer friedlichen Blockade. Leider nur für 10 Minuten konnte der Nazi-Aufmarsch gestoppt werden. Dieser friedliche Protest ist der Kölner Polizei ein Dorn im Auge. Ausgerechnet für den 11.11. bekam das Ratsmitglied eine Vorladung zur Vernehmung.

Bei einer ähnlichen Gelegenheit hat sich in Weimar der dortige Oberbürgermeister Germer an der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch beteiligt und Blockierer unterstützt. Er sprach von „Hochachtung für deren Zivilcourage.“

CSU Bürgermeister Beck beteiligte sich in Wunsiedel gegen einen Naziaufmarsch ebenfalls an einer Blockade und führte ein Schild mit sich: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“

Bitte bei allen Anfragen angeben!
 Tagebuch-Nr. / Vorgangs-Nr. Ihre Angelegenheit bearbeitet

3051/04

Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gg. das Versammlungsgesetz (§ 21 Versammlungsg)

Vorladung zur Vernehmung
 Sehr geehrter Herr DETJEN,
 in dem genannten Ermittlungsverfahren ist erforderlich:

Ihre Vernehmung als Beschuldigter Ihre Vernehmung als Zeugin / Zeuge

„Denn gemeinsam sind wir Köln“

In der Ratssitzung vom 14.10. hielt Özlem Demirel, mit 20 Jahren das jüngste Ratsmitglied in dieser Wahlperiode, ihre „Jungferrede“ zur gemeinsamen Resolution gegen den Naziaufmarsch in Kalk. Sie sagte:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Am 16. Oktober wollen die Neonazis in Kalk unter dem Motto „180 Nationen in Köln sind 179 zu viel“ demonstrieren. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir, die unterzeichnenden Parteien, deutlich machen, dass wir den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretungen gegen den Nazi-Aufmarsch unterstützen. Außerdem wollen wir den Kölnerinnen und Kölnern Mut machen, die sich am Samstag quer stellen wollen und protestieren werden. In Köln ist nämlich kein Platz für Neonazis und ihre Hetzpolitik.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, KBB und Claus Ludwig)

Tut mir Leid, ich bin ein bisschen aufgeregt. Ich bin auch erst 20 und mache das hier im Rat zum ersten Mal. Außerdem hat sich die Polizei trotz zahlreicher Briefe und Anrufe noch nicht für ein Verbot des Nazi-Aufmarsches ausgesprochen. Doch vielleicht übt unsere gemeinsame Resolution hier noch einmal deutlichen Druck aus. Meine Damen und Herren, in Köln leben Menschen aus verschiedenen Nationen friedlich zusammen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren hier. Hier haben sie ihren Lebensmittelpunkt. Doch solch eine Demonstration der Neonazis mit einem solchen Motto zerstört das friedliche Zusammenleben aller Menschen hier in Köln.

Es ist jedoch die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, das friedliche Zusammenleben und die Integration zu fördern und allen hier lebenden Menschen Perspektiven für eine friedliche Zukunft zu bieten.

(Beifall bei PDS und SPD)

Aus diesem Grunde werden wir einer solchen Hetzkampagne immer wieder – so wie hier und heute – gemeinsam entgegenzutreten.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Es ist auch eine Schande, dass ein Ratsmitglied von pro Köln – ich denke, jeder weiß, wen ich meine – das heute in unseren Reihen sitzt, im Jahre 1999 mit einem der Veranstalter des jetzigen Neonazi-Aufmarsches in Kalk schon einmal zusammengearbeitet hat. Dies verdeutlicht meiner Meinung nach erneut die Wichtigkeit einer gemeinsamen Resolution.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Köln ist eine schöne Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie weiterhin schön bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kämpfen. Denn gemeinsam sind wir Köln.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen).

Anschließend bekam Özlem Demirel von OB Schramma noch ein Kompliment:

„Ich denke, dass Sie das hier ganz gut gemacht haben. Sie haben sicherlich nicht das erste Mal vor einem solch großen, hehren Publikum gesprochen; denn Sie wissen genau, wo Sie Pausen machen müssen, damit der Applaus kommt. Das war sehr gut!“

- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- FDP-Fraktion
- PDS/Offene Liste-Ratsgruppe
- KBB-Gruppe

Entschließung

Der Rat der Stadt Köln verurteilt den für den 16. Oktober 2004 angekündigten Aufmarsch von Neonazis in Köln – Kalk. Das Motto des Aufmarsches „180 Nationen in Köln sind 179 zuviel“ und „Deutschland den Deutschen“ hetzt gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies muss entschieden zurückgewiesen werden, gerade weil drei rechtsextreme Parteien bei der Kommunalwahl am 26. September 2004 Mandate auf Stadt- bzw. Bezirksebene erringen konnten.

In Köln leben Menschen aus vielen Ländern seit Jahren friedlich zusammen. Das soll auch so bleiben. Wir sind stolz auf die Stadt mit Menschen aus über 180 Nationen.

Wir unterstützen den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretungen gegen den Nazi-Aufmarsch in Kalk und fordern die Kölnerinnen und Kölner auf: Arsch huh, Zäng useinander.

Die Begründung erfolgt mündlich. Mit freundlichen Grüßen

Herbert Gey Martin Börschel
 Barbara Moritz Ralph Sterck
 Jörg Detjen Petra May

■ Nippes

Rennbahn am Ende?

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP Bündnis 90 / Grünen und der Rennverein haben einen sogenannten Kompromiss zur Rennbahnbebauung gefunden: Die Rennbahn soll bebaut werden, sowohl an der Niehler Straße als auch an der Scheibenstraße. Das Ende des letzten großen Naturschutzgebietes im Kölner

Norden wäre damit eingeläutet. Lediglich die finanziellen Interessen des Rennbahnvereins hatten zum Schluss Bedeutung. Ökologische Belange sind in den Hintergrund getreten. Es ist zu befürchten, dass bei einem weiteren finanziellen Engpass des Rennvereins ein weiteres Stück der Grünfläche geopfert wird.

Es soll nun glauben gemacht werden, dass dies ein guter Kompromiss sei. Klar ist aber, dass die Salamitaktik gesiegt hat. Da die etablierten Parteien erneut eingeknickt sind, ist jetzt zu überlegen, wie der Kampf gegen die Bebauung weiter geführt werden kann. Es ist nur noch etwas zu retten, wenn Bürger und Opposition gemeinsam gegen die Planungen vorgehen. Die PDS Offene Liste im Rat und der Bezirksvertretung Nippes wird die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Anliegen, die Rennbahn für den Kölner Norden zu erhalten, nach Kräften unterstützen.

Michael Weisenstein

■ Nippes

Künstler fürchten um ihre Ateliers

Rund 100 Menschen kamen zu der Bürgerbeteiligung bezüglich der Neugestaltung des Clouth Geländes in Nippes. Am vergangenen Dienstag wurden die Sieger des Architektenwettbewerbs vorgestellt. Die Architekten hatten die Gelegenheit, ihre Entwürfe persönlich vorzustellen. Die Entwürfe wurden vorab von einem Preisgericht ausgesucht. Vorgaben für die Architektenbüros waren: 1.000 Wohnungen, 30.000 qm Gewerbefläche, Erhalt des Johannes – Gisbert – Parks und die Möglichkeit, die Gestaltung des Geländes in verschiedenen Etappen vorzunehmen. Insgesamt wurden die Entwürfe der Architekten positiv aufgenommen. Alle drei Vorschläge hatten die Vorgaben weitgehend erfüllt, auch für die Künstler sehen die Entwürfe Platz vor. Die Verwaltung stellte ein Zeitfenster vor, dass veranschaulichen sollte, bis wann Baurecht geschaffen sein soll. Vor Ende 2006 wird das nicht der Fall sein. Eine Garantie, dass die Ateliers bis zu diesem Zeitpunkt erhalten bleiben, konnte die Verwaltung nicht geben, denn Abrisse seien auch vor der Baugenehmigung möglich.

Mit Versprechungen hielt sich die Verwaltung an diesem Abend zurück. Es bestünde zwar der Wille der Stadt, auf dem Gelände Gewerbe, Kunst und Wohnen zu vereinen, man wisse aber wie schwer es sei diese Vorstellungen zu realisieren. Wer das Geld mitbringt, der bestimme im Wesentlichen auch was geschehe, so der Bezirksvorsteher Schößler. Deutlich sei das bei der Gestaltung des EAW Geländes geworden, hier sei die Vorstellung von Bevölkerung und Politik weit zurückgedrängt worden. In fast allen Belangen habe sich der Investor durchgesetzt. Dies sei nun auch für das Gelände an der Xantener Straße zu befürchten. Künstler und Anwohner sind fest entschlossen, das zu verhindern. Eine weitere Veranstaltung findet am 18.11. um 14 Uhr auf dem Gelände statt. Dann laden die Künstler zur Diskussion um die Zukunft des Geländes ein.

Michael Weisenstein

■ Porz

Brennpunkt im Blickpunkt

Dass die Probleme des sozialen Brennpunktes in der Hochhausiedlung Finkenbergl und der dort lebenden Jugendlichen in den Blickpunkt der Kölner Öffentlichkeit und auch der Porzener Bezirksvertretung rücken, ist das zweischneidige Resultat einer spektakulären, über 10 ganze Seiten fortgesetzten Reportage des „Kölner Stadt – Anzeigers“.

Zweischneidig deshalb, weil ohne diese Reportage wohl im gut bürgerlichen Porz Brechts Satz, dass man die im Dunkeln nicht sieht, weiter auch für die Finkenberger Jugendlichen und ihre Probleme gelten würde. Andererseits bediente sich die Reportage reißerischer Elemente am Rande des rassistischen Stereotyps, bediente Ängste und Vorurteile. Mit dem Schrecken über Jugendliche, die sich im Interview mit einer Bin-Laden-Maske anonymisieren oder als einzig realistisches Berufsziel ‚Türsteher‘ angeben können, wurde zugleich auch die Existenz des Paralleluniversums im Schat-

ten trister Hochhausblöcke bei den Lesern ins Bewusstsein gebracht.

Mit der eindringlichen Schilderung des Lebens der von jeglicher Zukunftsperspektive abgekoppelten Jugendlichen und der Betreuungsdefizite appellierte die Reportage ebenso an das soziale Gewissen, wie sie die Ängste vor den ‚gefährlichen Klassen‘ bediente. Nur am Rande war in der Reportage vom Einsatz der zu wenigen Sozialarbeiter die Rede, die in zu wenigen Einrichtungen mit unzureichenden Mitteln um die soziale Integration und um Perspektiven für die Jugendlichen ringen, oder von den Menschen in Finkenbergl, die sich in Initiativen ehrenamtlich für den sozialen Zusammenhalt im Sanierungsgebiet engagieren.

Sie in ihrem alltäglichen Engagement für einen lebenswerten Stadtteil im Sanierungsgebiet zu unterstützen, mit den Sozialeinrichtungen der Stadt, dem Sanierungsbüro und den freien Trägern zusammen zu bringen und gemeinsam Strategien gegen die Verelendung zu entwickeln, wäre die angemessene Konsequenz für die Bezirksvertretung – zumal Mittelkürzungen der Kirche im sozialen Bereich die wenigen sozialen Strukturen im Stadtteil voll treffen. So geht das einzige Jugendzentrum aus der Trägerschaft des SKM zum Jahreswechsel in die Trägerschaft des Vereins der gänzlich anders gelagerten OT Ohmstr. über, und die Schließung kirchlicher Kindergärten wurde für 2005 verkündet. Die PDS-Offene Liste wird sich in der BV für den Erhalt sozialer Strukturen und für eine schonungslose Analyse der Lage in Finkenbergl einsetzen.

Das Interview des Porzener Bezirksvorstehers Horst Krämer (CDU) im Kölner Stadt-Anzeiger vom 30. Oktober bietet dafür einen Anknüpfungspunkt, wo er fehlende Mittel für soziale Arbeit beklagt und auch sehr klar die Strategie einiger Eigentümer anprangert, ihre Hochhausblöcke verrotten zu lassen, da städtische Belegungsrechte eine Vermietung unabhängig vom Zustand der Wohnung sichern und die soziale Ghettoisierung verschärfen.

Neben der unterstützenswerten Forderung, diesen Selbstlauf zugunsten skrupelloser Spekulanten zu stoppen, zeigt das Interview jedoch eine unerträgliche Tendenz dazu, sich die Probleme schön zu reden, weil in unserem Porz nicht sein kann, was nicht sein darf.

So firmiert Finkenbergl in der Überschrift als ‚grüne Oase‘, und Krämer erklärt gar, schon heute lieber in Finkenbergl wohnen zu wollen als „im Hahnwald und in Rodenkirchen im Schatten der Raffinerie“. Unabhängig von der Frage, ob Herr Krämer sich das selber oder seine bürgerliche Wählerklientel ihm das glaubt – in der Bezirksvertretung wird sich die PDS-Offene Liste dafür einsetzen, dass eine schonungslose Analyse der Probleme nicht durch den Affekt gegen die reißerischen Elemente der Berichterstattung überlagert wird.

Wolfgang Lindweiler

DGB zur Umsetzung von Hartz IV

Zur bevorstehenden Umsetzung von Hartz IV hat der DGB – Region Köln – ein umfangreiches Programm zur Förderung von Langzeitarbeitslosen angemahnt. Wir dokumentieren die Forderungen in Auszügen:

„Förderung nach dem Kölner Modell heißt: Langzeitarbeitslosen müssen alle Möglichkeiten der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen: eine qualifizierte Beratung und Vermittlung in reguläre Arbeit ebenso wie Angebote der Fort- und Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Auch dafür muss ausreichend Geld zur Verfügung stehen. Es ist der falsche Weg, jetzt nur noch sogenannte 1 Euro Jobs anzubieten“ ...

Derzeit werden in verschiedenen Programmen des Sozialamtes rund 3000 Menschen in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Wenn künftig allein in Köln 11 000 solcher Arbeitsgelegenheiten angeboten werden, so müssen dafür strenge Kriterien entwickelt werden.

Dazu gehören:

Erstens: Arbeitsgelegenheiten müssen eine sinnvolle Tätigkeit und eine Weiterqualifizierung ermöglichen. Parks säubern und Straßen fegen gehören nicht dazu.

Zweitens: Arbeitsgelegenheiten müssen gemeinnützig sein und Werte schaffen. Im Kulturbereich, in Stadtteilprojekten, beim Sport, auch in Pfarreien und Vereinen gibt es genügend Möglichkeiten

Drittens: Auch wenn die Arbeitsgelegenheiten keine regulären Arbeitsverhältnisse sind, so gelten Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Arbeitszeitregelungen und das Urlaubsgesetz. Zudem muss das Gesamtentgelt aus Grundsicherung und Mehraufwand sowie den Wohnungskosten in einem gerechten Verhältnis zur Arbeitszeit stehen.

Viertens: Vorrang für die Aufnahme einer Arbeitsgelegenheit haben Eignung und Freiwilligkeit.

...

Fünftens: Langzeitarbeitslose brauchen Anschlussperspektiven. An erster Stelle muss die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt stehen. ...

und sechstens: Arbeitsgelegenheiten ersetzen keine Beschäftigungspolitik.

Abschließend heißt es:

„Wir werden darum gemeinsam mit der Wirtschaft, der Stadt und der Agentur für Arbeit streng darauf achten, dass keine reguläre Arbeit verdrängt wird und nur solche Arbeitsgelegenheiten angeboten werden, die zusätzlich, also außerhalb des ersten Arbeitsmarktes, geschaffen werden.“

Freie Wohlfahrts- pflege zu „Arbeits- gelegenheiten/ Zusatzjobs“

Positionspapier der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten/Zusatzjobs (Auszüge)

„Die Freie Wohlfahrtspflege stellt fest, dass sie...klare Anforderungen an die qualitative Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheiten/Zusatzjobs stellt. ...Hiermit wird auch nicht der Abbau qualifizierter und tariflich entlohnter Stellen gefördert werden....

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgegebenen Standards, z.B. Abdeckung zusätzlicher Arbeiten, Mindestdauer, Einhaltung von Arbeitsschutz und Urlaubsgesetz legt das Papier „wohlfahrtsverbindliche Standards“ bei der Umsetzung fest.

„...Arbeitsgelegenheiten/Zusatzjobs sind nachrangig. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hat jederzeit Vorrang...

Das Prinzip der Freiwilligkeit findet insofern Anwendung, als dass nach einem eingehenden Profiling mehrere Angebote gemacht werden. Aus diesen Angeboten kann der Betroffene auswählen. ... Durch die Einführung von Arbeitsgelegenheiten/Zusatzjobs kommt es nicht zur Förderung von Lohndumping ...

Der Anteil der Qualifizierungselemente an der Beschäftigungszeit bei Jugendlichen beträgt mindestens 20 Prozent...

Das Angebot wird eng mit den Mitarbeitern der arbeitgebenden Einrichtungen abgestimmt ...“

Auch bei den Rahmenbedingungen fordern die Wohlfahrtsverbände verbindliche Standards in Bezug auf finanzielle Ausstattung der durchführenden Träger, ein „Netzwerk zur Gewährleistung der

Vielfältigkeit der Angebote und zur Abstimmung und Weiterentwicklung der träger- und verbandsübergreifenden Angebote“ und die Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege an den neu einzurichtenden kommunalen Beiräten.



Bitte kostenlos schicken

Platzj abbeck

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Ich möchte den Platzj abbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ _____

Ort _____

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln